



Ein Konkurrent weniger: Ludwig Stranzky, Braumeister der Farnsburg Brauerei AG in Sissach, beim Qualitätstest.

BZ-ARCHIV/LUCAS HUBER

Schwieriger Boden für Bierideen

Bier aus dem Baselbiet Nach dem Konkurs der Baselbieter Brauerei herrscht selbst bei der Konkurrenz keine Jubelstimmung. Im Landkanton fassen neue Brauereien nur schwer Fuss

VON DANIEL AENISHÄNSLIN

Das Baselbiet ist um eine Bieridee ärmer. Bekanntlich wurde über die Baselbieter Brauerei in Ziefen am 19. März der Konkurs eröffnet (die bz berichtete). Grund genug, die letzte grössere Brauerei im Kanton - die Farnsburg Brauerei aus Sissach - zu fragen, wie sie sich am Markt halten will. Seine Brauerei behalte fünf Voraussetzungen ganz genau im Auge, sagt Reto Wetzel, Verwaltungsratspräsident und Geschäftsführer der Farnsburg Bier AG.

«Es braucht ein gutes Branding und ein konsequentes Marketing.» Auch dem Standort und der Sicherstellung der nötigen Finanzierung räumt er eine hohe Priorität ein. Punkt 4: Eine geeignete Produktionsanlage mit kompetentem Personal, das diese bedienen kann. Und letztlich brauche es «ein Produkt, das den Geschmack der Konsumenten trifft, wobei die objektive Bierqualität kein Kriterium sein darf». Schon wer eine dieser «Bedingungen» nicht erfülle, könne scheitern.

Klingt logisch. Theodor Schaller, Verwaltungsratspräsident der gescheiterten Baselbieter Brauerei, mochte auf Anfrage nicht mehr kommentieren, was genau das Aus für seine Brauerei herbeigeführt hat. Er verwies auf jene Gründe, die bereits kommuniziert wurden. Das sind Umsatzeinbussen, fehlendes Eigenkapital und hohe Investitionskosten. Aber auch «zu spät behobene Qualitätsprobleme mit entsprechendem Imageverlust». Woher genau die Umsatzeinbussen rührten, warum das Eigenkapital fehlte, was unter hohen Investitionskosten zu verstehen ist - für Schaller ist alles gesagt. Ein neuer Anlauf mit einer neuen Biermarke komme für ihn nicht mehr infrage. Er habe abgeschlossen.

Schweiz «unterentwickelt»

Ob seine Brauerei einen Marktvorteil und damit einen Nutzen aus der Schliessung der Baselbieter Brauerei ziehen könne, wollte Reto Wetzel so nicht bestätigen. Auch sei noch unklar, wie sich dieser Umstand auf die Entwicklung von Farnsburg Bier auswir-

ken werde. «Immerhin haben wir bereits einige Anfragen von ehemaligen Baselbieter-Bier-Kunden erhalten», bestätigt er, «für die Vielfalt der Bierkultur ist aber jede Aufgabe einer Brauerei ein Verlust.»

Entsprechend sieht Reto Wetzel in den Kleinbrauereien wie dem Liestaler «Stedtli Bier» oder dem Frenkendorfer «Roscha Bier» nicht einfach lästige Konkurrenz. Der Schweizer Biermarkt sei bereits seit dem Ende des Bierkartells 1991 ein typischer Verdrängungsmarkt. Der Pro-Kopf-Konsum stagniere seit Jahren oder sei sogar rückläufig. Wetzel nennt den Schweizer Biermarkt im Vergleich zum Ausland «unterentwickelt». Das liege auch daran, dass der Schweizer Konsument sehr träge, bisweilen sogar misstrauisch sei. «Veränderungen der Konsumgewohnheiten laufen beim Produkt Bier nur langsam ab.»

Wenige Brauereien in der Region

Reto Wetzel macht eher einen Mangel an Konkurrenz aus: «Warum aber der Anteil der Kleinbrauereien gerade

in der Nordwestschweiz unter dem üblichen Potenzial der anderen Regionen in der Schweiz liegt, kann mir bislang niemand beantworten.» Einen möglichen Grund schiebt er hinterher. Für das langfristige Überleben einer Brauerei brauche es eine minimale Grösse, weil die Profitabilität nur über das Realisieren von Skalenerträgen erreicht werden könne. Einfach gesagt: Die Marge ist so knapp bemessen, dass ein wirtschaftliches Überleben an einer stattlichen Menge verkauften Biers hängt.

Gerade jungen Konsumenten sei die Nachvollziehbarkeit und Herkunft eines Produktes wichtig. «Es muss nicht immer nur hip sein.» Der Kunde müsse sich mit «seinem» Bier identifizieren können. Farnsburg Bier bitte aus diesem Grund seine Kunden immer wieder in die Brauerei, um ihnen das Bierbrauen «hautnah» zu vermitteln. Vieles sei Marketing, letztlich Kommunikation. Unter dem Strich sei klar, was der Kunde sucht: «Ganz einfach gutes Bier.»

NACHRICHTEN

BINNINGEN Balkon-Brand fordert einen Verletzten



Gegenstände schmolzen und tropften auf den Vorplatz. POLIZEI BL

Am Ostermontag gegen 14.45 Uhr kam es am Schafmattweg in Binningen zu einem Brandfall in einem Mehrfamilienhaus. Es entstand beträchtlicher Sachschaden. Eine Person musste mit Verdacht auf Rauchvergiftung ins Spital gebracht werden. Gemäss den bisherigen Erkenntnissen der Baselbieter Polizei brach das Feuer auf dem Balkon im ersten Obergeschoss aus. Durch die Hitze schmolzen diverse Gegenstände und tropften auf den darunter liegenden Vorplatz, wo es ebenfalls zu einem Brand kam. Die Brandursache steht noch nicht abschliessend fest und ist Gegenstand laufender Ermittlungen. (BZ)

BIRSFELDEN Auto-Selbstunfall nach schreckhaftem Moment

Auf der Birsbeckstrasse ereignete sich am Karfreitag kurz vor 17.30 Uhr ein Selbstunfall mit einem Auto. Zuvor war der Lenker durch einen unbekanntes Fahrzeuglenker oder eine unbekanntes Fahrzeuglenkerin bedrängt worden, worauf er derart erschrak, dass er bei einem Ausweichmanöver auf Höhe der Kläranlage mit einem Zaun kollidierte. Die Polizei sucht Zeugen. (BZ)

Zullwil

Rat bezahlt sich zu hohes Sitzungsgeld

Die Solothurner Regierung rügt den Gemeinderat von Zullwil: Der Gemeinderat habe sich teilweise zu hohe Sitzungsgelder ausbezahlt, stellt die Kantonsregierung in ihrem Beschluss zu einer Aufsichtsbeschwerde fest. Dass der Gemeinderat Sitzungen ab einer Dauer von zwei Stunden zur «Doppelsitzung» erklärt habe, sei im Solothurner Recht nicht vorgesehen. «Eine Schlaumeierei, die einzig den Zweck verfolgt, unter Umgehung der reglementarischen Vorgaben die Sitzungsgelder zu verdoppeln», rügt die Regierung. Sie weist aber trotz der harschen Kritik die Beschwerde des Komitees Pro Zullwil in diesem Punkt ab. Grund: Dem Komitee war bereits vor der Genehmigung der Jahresrechnung 2016 bekannt, dass darin zu hohe Sitzungsgelder enthalten waren. Sie hätte also ein ordentliches Rechtsmittel ergreifen können. Und die noch nicht behandelte Rechnung 2017 könne noch immer korrigiert werden, betont die Regierung.

Zudem muss der Gemeinderat die seit September 2017 vakante Stelle des Gemeindegeldschreibers so bald wie möglich besetzen. Zwar sei der Gemeinderat berechtigt gewesen, die Geschäfte an die Nachbargemeinde Nunningen auszulagern. Dies jedoch nur als Übergangslösung. Die Gemeindeordnung von Zullwil schreibe eine interne Lösung vor. «Dem Gemeinderat scheint es an der nötigen Beharrlichkeit zu fehlen, die derzeit vorgeschriebene Situation tatsächlich umsetzen zu wollen», rügt die Regierung. Sie weist die Dorfexekutive an, die Bemühungen zur Besetzung der Stelle «umgehend zu intensivieren».

In mehreren anderen Punkten - dabei ging es um die Führung von Gemeindeversammlungen und die Beantwortung von Interpellationen - leistete die Kantonsregierung der Beschwerde keine Folge. (HAJ)

GASTKOMMENTAR zur schwelenden Postauto-Affäre

Sträfliches Versagen auf allen Ebenen

Die Debatte im Nationalrat hat eines klar gezeigt: Der Postauto-Affäre liegt ein fragwürdiges Handlungsmuster und ein Versagen auf der ganzen Linie zugrunde. Viele Fragen sind offen, es besteht dringender Klärungsbedarf.

Die Einsetzung von unabhängigen Experten, die nun diese Affäre untersuchen sollen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Bedauerlich hingegen ist, dass es dazu zuerst den massiven Druck seitens der Medien und des Parlamentes brauchte, und die verantwortlichen Post-Gremien diesen Weg nicht von Anfang beschritten haben. Noch bedauerlicher ist, dass eine unglückliche Personenwahl nun weitere Verzögerungen nach sich zieht.

Dieser Fall hinterlässt auch in Bezug auf das zuständige Departement Uvek von Bundesrätin Doris Leuthard erhebliche Zweifel. Damit die Bundespolizei nicht nur den Zeitraum 2007 bis 2015, sondern zusätzlich auch die vergangenen zwei Jahre auf Unregelmässigkeiten untersucht, war ebenfalls parlamentarischer Druck nötig. Dass zudem eine aus Uvek und Finanzverwaltung zusam-



Daniela Schneeberger
Die Treuhänderin aus Thüringen vertritt als FDP-Nationalrätin den Kanton Basel-Stadt im Bundesparlament. Soeben wurde sie als Beisitzerin im Vorstand der FDP Schweiz für zwei weitere Jahre wiedergewählt.

mengesetzte Task Force untersuchen soll, unter welchen Umständen und Prozessen die von diesen ja selber vorgenommene Absegnung der Post-Jahresrechnung jeweils zustande gekommen ist, erscheint hingegen äusserst fragwürdig. Diese Vorgehensweise ist eigentlich nichts anderes, als wenn man Schülern den Auftrag geben würde, einen Test zu schreiben und diesen anschliessend selber zu benoten.

Selbst Uvek-Chefin Leuthard musste eingestehen, dass das seit dem 1. Januar 2016 angewandte Verrechnungsmodell der Postauto Schweiz so undurchsichtig sei, dass das Bundesamt für Verkehr nicht feststellen konnte, ob Subventionen geflossen seien. Hier stellt sich doch die Frage, weshalb der Bund nicht schon früher reagiert hat - zum Beispiel nach Vorlage der Jahresrechnung 2016? Und weshalb wurde ein so undurchsichtiges Verrechnungsmodell gewählt? Die verantwortliche Bundesrätin Doris Leuthard wurde bereits im Herbst 2017 über die massiven Unregelmässigkeiten bei Postauto Schweiz ins Bild gesetzt. Der Gesamt-Bundesrat erhielt schliesslich am 14. November 2017 Kenntnis davon. Ich frage mich, weshalb wurde die

Öffentlichkeit nicht zeitnah über diese Missstände informiert?

Dank der Debatte im Nationalrat wurde auch bekannt, dass die Jahresrechnung 2016 der Postauto Schweiz nicht bewilligt worden ist, dies aber im Geschäftsbericht 2016 der Post nicht ausreichend kommuniziert wurde. Trotzdem hat der Bund als Alleinaktionär den Geschäftsbericht 2016 der Post genehmigt - einschliesslich des Teilbereichs Postauto Schweiz. Wie kann das sein? Welche Prozesse liefen hier falsch? Wurden die Kontrollinstanzen vorsätzlich in die Irre geführt? Wer hat hier Sorgfaltspflichten verletzt? Solche und weitere Fragen werfen ein denkbar schlechtes Licht auf die Strukturen und die Kontrollmechanismen, sowohl in der Post als auch in der Bundesverwaltung.

Umso mehr braucht es eine unabhängige Untersuchung, welche Mängel und Unregelmässigkeiten rasch und schonungslos aufdeckt, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zieht und die notwendigen strukturellen und personellen Veränderungen erzwingt. Nur so kann wieder Vertrauen hergestellt werden.